

Antworten der AfD

haben Sie vielen Dank für Ihr Engagement zugunsten der Familien und Ihre Anfrage vom 23.01.2021.

Ich kann Ihnen auf Ihre Frage ganz klar antworten, dass ich gegen jede Änderung des Artikels 6 GG stimmen werde, die ihn in seiner aktuellen Fassung verändern soll.

Ihre Vermutung, dass die Bundesregierung mit der von ihr geplanten Änderung tatsächlich nicht den Kindern etwas Gutes tun will, sondern im Gegenteil, maßgeblich staatlich in die Kindeserziehung eingreifen möchte, trifft genau ins Schwarze. Außerdem sollen künftig mit dieser Änderung vermeintliche Interessen der Kinder vorgeschoben werden, wenn es in Wahrheit darum geht, unser Land immer weiter im sozialistischen Sinne zurückzubauen. So können dann zukünftig etwa dringend notwendige Straßenbauprojekte verhindert werden, weil eine links-grüne Lobbygruppe dann einwendet, die grundgesetzlich geschützten Interessen der Kinder stünden dagegen und es bedürfe dort eines neuen Spielplatzes. Meine AfD-Fraktion und ich werden deshalb diesen Versuch, das Grundgesetz als Hebel gegen Eltern und Gesellschaft zu verbiegen, mit allen uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln bekämpfen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Ehrhorn MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77164
thomas.ehrhorn@bundestag.de
www.bundestag.de

vielen Dank für Ihre Anfrage. Der Bundestagsabgeordnete, Herr Fabian Jacobi, Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, ist neben dem Arbeitskreis Familie in der AfD zuständig für die Thematik "Kinderrechte ins Grundgesetz". Dieses Thema liegt ihm sehr am Herzen, und die AfD steht dem Bestreben der Regierungsparteien, der Grünen und der Linken, Kinderrechte im Grundgesetz ausdrücklich zu verankern, von Anfang an kritisch und ablehnend gegenüber. Zu Ihrer Kenntnisnahme fügen wir im Anhang diesbezügliche Stellungnahmen bei.

Es liegt, wie Sie ja auch wissen, inzwischen ein Entwurf vor, der einen neu beschlossenen Wortlaut in das Grundgesetz einfügen will. Hierzu ist eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament erforderlich. Herr Jacobi wird sich noch ausführlich mit der Thematik auseinandersetzen, wenn es - voraussichtlich in den nächsten Wochen oder Monaten - soweit ist, dass darüber abgestimmt werden wird.

Wir werden Ihnen dann ausführlicher berichten und auf Sie zukommen. Wir hoffen, dass Ihnen zunächst mit dieser Antwort gedient ist. Sollten Sie noch Fragen haben, stehen wir für Rückfragen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ulrike Wabnitz
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Fabian Jacobi, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-75452
Fax: +49 30 227-70450
fabian.jacobi@bundestag.de